



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

♀: Die Entlassung des preußischen Abgeordnetenhauses.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Die Entlassung des preussischen Abgeordnetenhauses.

Die Abgeordneten des preussischen Volkes sind ungnädig entlassen, wie man einen widerwärtigen Diener von sich entfernt. Die Beendigung der Session war ungewöhnlich, wie der ganze Verlauf der Verhandlungen. Was noch im vorigen Jahre wünschenswerth schien, ein Beschluß beider Häuser über das Budget des laufenden Jahres, ist in diesem Jahre dem Ministerium bereits als unnöthige Formalität erschienen. Wozu auch den Schein bewahren? Auf dem abschüssigen Wege, den das Ministerium abwärts gleitet, ist das nicht mehr nöthig. Es geht hier wie bei allen ähnlichen Wagnissen, nur der erste Schritt kostet etwas. Was hätte die Regierung für Rücksicht zu nehmen? Die öffentliche Meinung Europas, die gute Meinung des deutschen Volkes, die Zuneigung der Majorität preussischer Wähler, was kann ihr daran noch liegen? Diese werthvollen Besizthümer hat das gegenwärtige Ministerium nie in ausgezeichneter Weise besessen, sie sind jetzt unwiederbringlich verloren. Der Kampf, welcher fortan auszukämpfen ist, geht den Gewalthabern noch um andere weit näher liegende Güter, als die gute Meinung des großen Publicums, und ein solcher Kampf fordert andere Waffen. Die bestehenden Geseze reichen dazu nicht aus, sie müssen ergänzt und geändert werden, so oder so.

Es ist kein Geheimniß, auf welchem Wege die Regierung ihren Weg zu verfolgen gedenkt. Mit übermüthiger Offenheit schwagen die feudalen Blätter aus, was von ihrem Ministerpräsidenten hier und da vertraulich mitgetheilt wird. Die unbequeme Presse soll durch Wiederherstellung des Rechts der Concessionsentziehung gebändigt werden, das lästige Versammlungsrecht soll genommen werden, das Terrain der Wahlkreise, welche im Verdacht stehen für die feudale Partei ungünstig zusammengesügt zu sein, soll umgeformt werden. Die Abgeordneten sollen durch Diätenverordnungen, Urlaubsverweigerung und ähnliche administrative Mittel gedrückt, das Beamtenthum aus ihren Reihen ausgemerzt werden. Dann will man diese Abgeordneten noch einmal einberufen, um sie aufzulösen, wie feudale Blätter lustig melden, zum 15. Januar des nächsten Jahres, oder, wie wahrscheinlicher ist, im November des laufenden Jahres. Und dann wird man weiter sehen. Wozu um Verhältnisse sorgen, die noch in grauer Zukunft liegen?

Die Blätter des Ministeriums waren beiefert, das Gerücht zu dementiren, als ob des Königs Majestät während dem lezten Unwohlsein mit dem Ministerium unzufrieden geworden sei. Wir sind innig überzeugt, daß das Gerüch

durchaus unbegründet war. Wir wissen seit einem Jahre, daß es in der Hauptsache die persönlichen Anschauungen des Königs sind, denen das gegenwärtige Ministerium vielleicht mit, vielleicht wider die Privatüberzeugungen der einzelnen Mitglieder ein bereitwilliges Werkzeug geworden ist. Aber das Volk wird demungeachtet fortfahren, die Minister als die Urheber der kläglichen Lage des Staates in Anspruch zu nehmen, es ist der letzte und höchste Beweis von Loyalität, welchen ein treues Volk seinem Fürsten zu geben vermag.

Ein Theil unserer Freunde hält die Ansicht fest, daß die erste politische Gefahr, welche von außen kommt, das Ministerium stürzen werde. Ein Theil der Kammermajorität ist der Ansicht, daß unbedingte Verweigerung aller außerordentlichen Geldforderungen und die daraus hervorgehende Creditlosigkeit der Regierung in Kriegsgefahr ein wirksames Mittel des Volkes sei, entgegenstehende Beschlüsse zu beugen. Möge man dieser Auffassung nicht vertrauen. Die preussische Regierung ist durch die eigenthümliche Einrichtung der preussischen Finanzen, durch den Staatsschatz, durch ihr Verhältniß zur Seehandlung und zur preussischen Bank in den Stand gesetzt, im äußersten Nothfall mehr als eine Campagne ohne Anleihe durchzuführen, und ein Theil der gegenwärtigen Minister ist vollständig befähigt, diese äußersten Mittel anzuwenden. Aber jeder auswärtige Conflict bringt auch unberechenbare Störungen der öffentlichen Meinung hervor. Denn persönliche Gefahr, Sorge um die eigene Existenz, plötzliche Unsicherheit aller Verhältnisse, aufregende Tagesneuigkeiten lenken wahrscheinlich von dem innern Verfassungskampfe ab. Jedermann weiß, wie sorglich das Mittel einer Kriegsexpedition in Frankreich angewendet wird, sobald die Unzufriedenheit mit den innern Verhältnissen dem Kaiser Gefahr drohend erscheint. Und dort wenigstens hat die Methode, das Grollen Unzufriedener durch Kanonendonner zu überkühlen, bis jetzt immer genügenden Erfolg gehabt.

Die Gefahr des Sturzes liegt für den Bestand einer unpopulären Regierung nicht darin, daß sie einen Krieg aufregt, sondern im unglücklichen Verlauf und ruhmlosen Ende desselben. Nun ist kein Zweifel, daß in den maßgebenden militärischen Kreisen starke Kriegswünsche bestehen, ein zur Zeit sehr wenig motivirtes Vertrauen auf die eigene Feldherrntüchtigkeit und ein immer wiederkehrender heimlicher Wunsch, etwas Großes zu unternehmen.

Aber diese kriegerischen Wallungen reichen leider nicht aus, die diplomatischen Möglichkeiten eines vortheilhaften Krieges herbeizuführen. Und man ist trotz ihnen in eine schwache und aussichtslose Defensiv hinabgesunken, während Jedermann sieht, was, wie es scheint, nur den Regierenden unverständlich ist, wie von außen her ein überlegener Wille langsam und planvoll die feindlich einengenden Kreise um den Staat zieht. In solcher Zeitlage ist eine Mischung von Rathlosigkeit und Selbstüberschätzung ganz dazu angethan, die äußerste Gefahr schnell und verderblich heraufzubeschwören.

Aber wie drohend die äußern Gefahren auch sind, bevor sie einen heilsamen Einfluß auf den Verfassungskampf in Preußen ausüben, müßten die Niederlagen der Jahre 1806 und 1807 sich wiederholen. Es wäre für die Preußen ebenso frevelhaft als unsicher, von einer solchen Eventualität Besserung der innern Zustände zu erwarten.

Das unheimliche Bangen, welches die Reactionspartei vor der Zukunft empfindet, verräth sich noch nach anderer Seite auffallend. Es liegt im Plane, auch die Person des Kronprinzen in der öffentlichen Meinung als dem gegenwärtigen System befreundet darzustellen. Immer wieder kamen erfundene Mittheilungen von Unterredungen, welche der Thronfolger mit Herrn von Bismarck gehabt, von seiner Theilnahme an den Sitzungen des Staatsministeriums und Aehnliches. Die Kölnische Zeitung hat, offenbar aus guter Quelle, diese ausgestreuten Notizen als Unwahrheiten dementirt. Es ist den Kreisen der Abgeordneten so gut bekannt, als der fremden Diplomatie Berlins, daß die reservirte und schweigame Haltung des Thronfolgers der feudalen Partei nicht nur unbequem ist, sondern daß dieselbe von dem Erben des preußischen Thrones nichts für sich hofft und Alles fürchtet. Und es ist wohlbekannt, daß die abenteuerlichsten Combinationen eronnen werden, um die etwa in seiner Zukunft drohende Gefahr zu beseitigen. Aber wenn auch in Preußen die Hoffnung auf eine bessere Zeit unter neuer Regierung wieder ein Dämmerlicht über die schlechte Gegenwart wirft, das Volk soll nicht der Zukunft und fürstlicher Hilfe überlassen, was ihm jetzt für sich selbst zu gewinnen Pflicht ist. Möglich, daß für den Thronfolger der Tag nahe liegt, wo er veranlaßt ist, seine Ueberzeugungen offen auszusprechen, aber auch darauf hat die Opposition nicht zu warten.

Das preußische Volk muß sich selbst helfen. Die nächste Aufgabe liegt in der Hand der Communen; wo die Kraft der einzelnen Gemeinden nicht ausreicht, steht ihnen frei, gemeinsam die Schritte zu berathen. Die größeren und mittleren Städte sind es, von deren Bürgerkraft die nächsten Maßnahmen zu erwarten sind.

Eines aber mögen die Bürger Preußens bedenken, daß die Zeit der Petitionen und kleinen Demonstrationen vorüber ist.

Das Haus der Abgeordneten hat durch seine Majorität eine schwere Aufgabe mit Hingebung und Pflichttreue erfüllt. Es hat auf dem Grunde einer Verfassung, welche ihm nur ungenügende Mittel des Widerstandes in die Hand gibt, einer feindseligen Regierungsgewalt mannhast widerstanden. Die Session dieses Winters ist eine Schule geworden, in welcher mehr als ein kräftiges Talent sich Achtung und Vertrauen, die gute Meinung für die Zukunft gewonnen hat. Es ist ihr Schicksal gewesen, in einem sehr bitteren und herznagenden Kampfe Erfahrung und Sicherheit zu gewinnen. Der Presse wird zunächst die

Aufgabe, den Heimkehrenden warmen Dank für ihre aufreibende und verantwortliche Arbeit auszusprechen. Es ist jetzt nicht die Zeit und nicht hier der Ort, den Umfang der einzelnen Talente abzuschätzen, und was ihre Thätigkeit vielleicht zu wünschen ließ, hervorzuheben. Denn sie sind die Männer, welche in der nächsten Zukunft die Führer der Volkspartei, die Vertreter der liberalen Forderungen sein werden. Und wie wir fest auf die Zukunft des preussischen Staates vertrauen, so vertrauen wir auf die Umsicht und Thätigkeit, welche unsere Vertreter durch die nächsten Monate in ihrer Heimath erweisen werden. Denn was den Preußen jetzt mehr als alles Andere noththut, ist Organisation der Partei und Disciplin, eine willige, selbstlose Unterordnung des Einzelnen unter die leitenden Führer. ♀

### Vermischte Literatur.

Heinrich Moriz Richter: Georg von Podiebrad's Bestrebungen um Erlangung der deutschen Kaiserkrone und seine Beziehungen zu den deutschen Reichsfürsten. Wien und Leipzig, (typogr. lit. art. Anstalt, Zamarski und Dittmarsch) 1863.

Wenn Jemand behufs der Beurtheilung einer wichtigen historischen Persönlichkeit dieselbe von einem willkürlichen und falschen Gesichtspunkte aus betrachtet und sich dann wundert, wie Andere an dem Original des verzerrten Bildes haben Wohlgefallen finden können, so ist die Schuld dieser Verwunderung entweder außergewöhnliche Naivität oder Absichtlichkeit. Diese Wahl müssen wir dem Verfasser des obengenannten Schriftchens stellen. Er hat sich vorgenommen, Georg von Podiebrad des Nimbus zu entkleiden, den ihm die neueren Bearbeitungen seiner Geschichte, die er nicht einmal vollständig berücksichtigt, durch die Hervorhebung seiner reformatorischen Bedeutung gegeben haben. Zu dem Ende betrachtet er das Verhalten des Böhmenkönigs zu den bewegenden Factoren seiner Zeit, zur religiösen und zur innern politischen Frage, einmal als Trivolität, ein andermal als Charakterlosigkeit und findet in unmoralischem, sich selbst vernichtendem Ehrgeiz die einzige Triebfeder seiner Handlungen. Diese Weisheit schallt aus einem Winkel her, den Herr Richter als den Hochsitz historischer Aufklärung feiert. S. 48 und 49 findet sich nämlich ein Panegyrikus auf Herrn Höfler, dessen Arbeiten er „im höchsten Ausmaße verdienstvoll“ nennt. Nach solchen Autoritäten läßt sich abmessen, wie schwer es dem Herrn Verfasser geworden ist, sich selber zu befriedigen. Ihrer Form nach bildet die Schrift bei aller verdienstlichen Kürze ein gelungenes Specimen der — salva venia — deutschen Sprache dieser Fraction österreichischer Gelehrsamkeit, die sich in grammatikalischer Beziehung etwa an dem Vorbilde der heimischen Polizeiverordnungen herangebildet zu haben scheint. Dazu kommt auch hier wieder die gelehrt scheinende